

# „Frankreich befindet sich im Krieg“ – Und Deutschland?

## Das Dilemma der deutschen Außenpolitik zwischen Solidarität und Distanzierung

91

Die Verwendung von Solidaritäts- und Distanzierungspraktiken im deutschen politischen Kriegsdiskurs zu den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015

*von Lea Deborah Scheu und Caroline Vestweber*

### **Das Dilemma der deutschen Außenpolitik: zwischen Solidarität und Distanzierung**

„La France est en guerre.“ Mit diesen Worten begann Frankreichs Präsident François Hollande seine Rede vor dem französischen Parlament am 15. November 2015 (François Hollande 2015). Zwei Tage zuvor hatten islamistisch motivierte Terroristen in Paris mehrere Attentate verübt, bei denen insgesamt 130 Menschen starben (vgl. Tagesschau 2015). Der französische

Präsident bezeichnete dies als kriegerischen Akt der dschihadistischen Terrororganisation Daesh, dem Islamischen Staat (IS), gegen Frankreich und rief gemäß Artikel 42, Abs. 7 des EU-Vertrags die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Beistand auf.

**Was bedeutet dies für Deutschland? Wie reagiert Deutschland darauf, dass sein wichtigster Verbündeter den Krieg erklärt?**

”

## Der politische Diskurs spiegelt ein Oszillieren zwischen Solidarisierung und Distanzierung wider.

Theoretisch gibt es zwei Möglichkeiten für Deutschland auf die Kriegserklärung Frankreichs zu reagieren: Entweder solidarisiert sich Deutschland mit Frankreich, was zur Folge hätte, dass sich Deutschland ebenfalls im Krieg befände befindet. *Krieg* ist aber aufgrund seines totalitären Charakters, seiner Kostspieligkeit, seiner Unberechenbarkeit sowie vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit keinesfalls eine erwünschte Handlungsoption für die deutsche Politik.

Bleibt die zweite Möglichkeit: Deutschland distanziert sich von seinem Nachbarn Frankreich und erklärt, dass es sich nicht im Krieg befinde. Hinsichtlich der auf Kooperation ausgelegten Außenpolitik Deutschlands und da gerade Frankreich der engste Verbündete Deutschlands ist, erscheint auch diese Möglichkeit wenig attraktiv. Somit sind beide Möglichkeiten auf die Kriegserklärung Frankreichs zu reagieren, keine präferierten Optionen für die deutsche Politik.

Deutschland befindet sich damit in einem Dilemma. Die deutsche Politik muss reagieren, aber beide Möglichkeiten der Reaktion – die Solidarisierung und damit Erklärung des Krieges sowie Kriegsvermeidung und damit die Distanzierung von seinem Verbündeten – sind nicht gewollt. Somit wird keine der beiden Möglichkeiten gewählt, sondern ein Mittelweg eingeschlagen: ein Balanceakt zwischen Solidarität und Distanzierung. Von politischer Seite aus, wird versucht sich weder für die eine noch die andere Handlungsoption zu entscheiden und gleichzeitig keine der beiden ganz auszuschließen. Der politische Diskurs spiegelt ein Oszillieren zwischen Solidarisierung und Distanzierung wider. Wie diese Debatte verlief und mit welchen Strategien die Politiker\_innen dieses Hin- und Herpendeln und Nicht-Festlegen praktizieren, soll im Folgenden nachgezeichnet und analysiert werden.

### Methode und Datenkorpus

Der analysierte Datenkorpus enthält 28 Interviews und Statements von deutschen Politiker\_innen. Betrachtet wurden dabei Äußerungen von Bundestagsabgeordneten, die in der Funktion als gewählte Volksvertreter\_innen aus staatstheoretischer Sicht unter anderem auch über den Einsatz der Bundeswehr entscheiden, sowie Statements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck, die als

Regierungschefin und Staatsoberhaupt Deutschland auch nach außen hin vertreten. Innerhalb des betrachteten Diskurses eröffnen sie mit ihren Solidaritätsbekundungen zu den Terroranschlägen gewissermaßen den politischen Diskurs, auf welchen im weiteren Verlauf auch immer wieder Bezug genommen wird. Auch Statements anderer Politiker\_innen mit besonderen Stellungen, wie das der Verteidigungsministerin oder das der Oppositionsführer\_innen, prägen die analysierten Spannungen im Diskurs.

Die Interviews und Statements wurden dabei ethnomethodologisch untersucht. In der Ethnomethodologie werden soziale Tatsachen als Resultate von Interaktionsprozessen verstanden. Die soziale Wirklichkeit wird sequentiell von den Teilnehmenden der Interaktion produziert, sodass der Sinn dabei durch die Praktiken erzeugt bzw. dadurch sichtbar und sozial verfügbar gemacht wird (vgl. Garfinkel 1994: 11). Der Forschungsgegenstand der Ethnomethodologie umfasst dabei die Muster, mit denen Gesellschaftsmitglieder beobachtbare soziale Aktivitäten bewerkstelligen (vgl. Eberle 2007: 139). Neben der *Membership Categorization Analysis*, welche die methodische Herstellung von Mitgliedern zu Kategorien untersucht (vgl. Sacks 1989), wurde die *Konversationsanalyse* als Methode verwendet, um sequentielle Praktiken in Frage- und Antwortstrukturen zu betrachten (vgl. Garfinkel 1994).

Im Folgenden soll eine Übersicht zum Diskursverlauf in die Debatte einführen. Anschließend wird dargestellt, wie es deutschen Politiker\_innen im Rahmen der Debatte gelingt, Solidarität sowie Distanz aufzubauen. Diese Muster werden aus einer kulturalanalytischen Perspektive zu Ergebnissen zusammengeführt.

## Diskursverlauf

Der deutsche politische Diskurs zu den Terroranschlägen wurde vom 14. November – dem Folgetag der Anschläge, die am Abend des 13. Novembers stattfanden – bis zu dem Beschluss des Bundestages zur deutschen Beteiligung am Syrien-Einsatz am 4. Dezember 2015, der eine direkte Reaktion der deutschen Außenpolitik auf die Anschläge darstellt, betrachtet (vgl. Bundeswehr 2016; Bötel 2016).

Bei der inhaltlichen Betrachtung des Diskursverlaufes fällt auf, dass zu dessen Beginn sehr emotional auf die Attentate reagiert wurde. Die Verwendung von Freund-Feind- sowie Täter-Opfer-Kategorien kann ebenfalls gleich zu Beginn beobachtet werden. Dabei wird der IS, als einziger Akteur, als Feind und Täter kategorisiert und als ultimativ gefährlicher und böswilliger Gegner charakterisiert. Im Verlauf der Debatte werden die Freund-Feind- und Täter-Opfer-Kategorien verinnerlicht und im weiteren Verlauf des

Diskurses als vorausgesetzt angesehen. So erwähnt zum Beispiel der Grünen-Bundestagsabgeordnete Tobias Lindner in einem späteren Beitrag: „Ich meine, IS zu bekämpfen ist klar, das will jeder.“ (Beispiel 28). Dem Kommentar ist zu entnehmen, dass innerhalb der Politik ein Konsens darüber besteht, den IS als Feind zu sehen und zu bekämpfen.

Thematisch geht es zu Beginn der Debatte noch um die Fahndung nach den Tätern und die Einordnung der Attentate als kriminelle oder kriegerische Akte. Offen bleibt zunächst, welche Konsequenzen aus den Anschlägen folgen. Angela Merkel spricht davon, dass „wir auch alle gemeinsam die Antwort geben“ (Beispiel 1). Weiterhin spricht die Kanzlerin von der „Antwort der Sicherheitskräfte“ sowie davon, dass „wir auch als Bürger eine klare Antwort“ geben (Beispiel 1). Hiermit wird deutlich, dass die Art der Reaktion noch offengelassen wird, wobei zunächst inländische Sicherheitskräfte und Bürger\_innen als reagierende Akteur\_innen benannt werden. Auch der Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann betont: „(...) da müssen wir richtige Antworten finden“ (Beispiel 4) und lässt Handlungsoptionen offen.

Eine Richtung der Optionen entwickelt sich anschließend sehr schnell, indem die Attentate zunächst tendenziell, später nur noch als außenpolitisches Problem eingeordnet werden. Auch wird schnell

eine mögliche militärische Lösung auf die politische Agenda gesetzt. Der Tatsache, dass über außenpolitische Konsequenzen gesprochen wird, steht im Diskurs ein Widerspruch gegenüber. Faktisch gesehen waren die Täter der Attentate französische und belgische Staatsbürger, auch wenn sie sich zum IS bekannten. Dieses Dilemma wird ebenfalls nur vereinzelt und kurz angerissen.

Dass der Kriegsbegriff im gesamten Diskurs selten fällt, macht die Ausnahmen, in denen er doch benutzt wird, umso interessanter. Deswegen lohnt es sich genauer zu untersuchen, wann und vor allem wie der Kriegsbegriff genutzt wird und wie damit umgegangen wird. Dabei zeigt die Analyse, dass über Parteigrenzen hinweg die gleichen Muster zu beobachten sind und dass zwischen SPD und CDU und mit einigen Ausnahmen auch bei den Grünen keine Unterschiede im Umgang mit dem Kriegsbegriff zu erkennen sind. Die sonst so oft von den Politiker\_innen betonten Parteiunterschiede scheinen bei einem so relevanten Thema zu verschwinden. Nur bei der Linkspartei lässt sich beobachten, dass sie aus dem Muster fällt und andere Praktiken verwendet bzw. mit den gleichen Praktiken andere Zwecke verfolgt werden.

Der gesamte Diskursverlauf kann als Reaktion auf das Hilfeersuchen Frankreichs nach den Attentaten in Paris betrachtet werden. Die Kontroverse wird



## Im betrachteten Diskurs werden Kategorienpaare verwendet, die jeweils in antagonistischer Beziehung zueinanderstehen.

dabei zwischen Befürworter\_innen und Gegner\_innen einer militärischen Lösung zur Bekämpfung des IS ausgetragen. Dabei wird ebenfalls eine politische Lösung diskutiert. Eine Konkretisierung der Lösungsansätze bleibt dabei aus, weil die Politiker\_innen sich zwar mit Frankreich solidarisieren und letztlich einem Einsatz zustimmen, jedoch auch distanzieren, um das zeitliche Ausmaß der Intervention und deren potenziellen Folgeinterventionen unbestimmt zu lassen. Die Abstraktheit wird dadurch gewahrt, dass durch Relativierungsmechanismen eigene Verantwortungen offengehalten werden. Auch werden Relativierungen, wie etwa das Umgehen des Kriegsbegriffs verwendet, um die Bevölkerung zu beruhigen (s. Praktiken im Umgang mit dem Kriegsbegriffs).

Gegen Ende der Debatte werden vermehrt die Rechtsgrundlage sowie das Vorhandensein einer politischen Strategie angezweifelt. Aus dieser Beobachtung wird deutlich, wie uneinig sich die deutschen Politiker\_innen bis zuletzt darin sind, welche Reaktion auf die Attentate angestrebt werden sollte. Gleichzeitig zeigt dieser Streit, wie einig sich die Politiker\_innen darüber sind, dass es zu einer

außenpolitischen Reaktion gegenüber dem IS kommen muss, weil dieser als Feind eine akute Gefahr für die eigene Sicherheit in Europa darstellt. Die Notwendigkeit einer schnellen militärischen Reaktion wird zudem dadurch hervorgehoben, dass gegen Ende der Debatte mehrfach betont wird, dass der Syrien-Einsatz im Rahmen der internationalen Allianz durchgeführt wird. Hierdurch entsteht eine Verstärkung der Freund-Feind-Bilder, durch die einerseits die eigene Position gestärkt wird und andererseits eine indirekte Pflicht zur Handlung auferlegt wird.

Bei der Analyse des deutschen politischen Diskurses zu den Terroranschlägen wurden verschiedene Praktiken beobachtet, die dazu dienen, entweder Distanz oder Solidarität zu Frankreich aufzubauen und folgend näher erörtert werden.

### Verwendung von Kategorienpaaren

Im betrachteten Diskurs werden Kategorienpaare verwendet, die jeweils in antagonistischer Beziehung zueinanderstehen. Im Folgenden wird zusammengefasst,

wie diese dichotomen Kategorien konstruiert werden, welche Mitglieder ihnen zugeschrieben werden und wie dadurch Solidarität zu Frankreich im Diskurs hergestellt wird bzw. welchem Zweck sie dienen.

## Freund-Feind-Kategorien

Zu Beginn der Debatte stellt Angela Merkel in ihrem Statement zu den Anschlägen von Paris mit folgenden Worten die Freund-Kategorie her:

*Die Menschen in Paris müssen einen Albtraum von Gewalt, Terror und Angst durchleiden, und ich möchte Ihnen und allen Franzosen heute von hier aus vor allem eines sagen: Wir, die deutschen Freunde, wir fühlen uns Ihnen so nah.* (Beispiel 1, Z. 2-4)

Dadurch betont die Kanzlerin vor allem das Mitgefühl und die Verbundenheit der Deutschen gegenüber dem Leid der Franzosen. Dabei werden emotionale Worte, wie „durchleiden“ und „fühlen“ benutzt, um die Freundschaft der zwei Staaten zu betonen. Die Nuance der Emotionalität wird im Rahmen der Debatte mehrfach verwendet, um die Verbundenheit zu verstärken. Etwa, wenn Angela Merkel in ihrer Rede darauf verweist: „Wir weinen mit Ihnen.“ (Beispiel 1, Z. 4) Innerhalb derselben Rede ergänzt sie: „Seien Sie versichert: Deutschland fühlt mit Ihnen

in Ihrem Schmerz und in Ihrer Trauer.“ (Beispiel 1, Z. 8-9)

In einem weiteren Beispiel wird deutlich, inwiefern die Betonung gemeinsamer Werte eine Freund-Kategorie herstellt. Joachim Gauck charakterisiert in seiner Rede den europäischen Kontinent als „unser Europa ein Bollwerk der Demokratie und der Menschenrechte“ (Beispiel 2, Z. 13). Hier wird durch die Vokabel „unser“ erneut die Einheit der Länder betont und Europa als starker Akteur benannt, der auf gemeinsamen Werten und Rechten basiert. Gleichzeitig wird Europa als guter demokratischer Akteur gekennzeichnet, dem gegenüber der böse undemokratische und menschenrechtsfeindliche Akteur steht, mit dem nichts geteilt wird und der das Bollwerk auch nicht besiegen kann.

Der IS wird innerhalb der Debatte als Feind bezeichnet, gegen den man zwingend vorgehen muss. Besonders deutlich macht dies die Beschreibung Cem Özdemirs:

*ISIS, mit denen kann man nicht verhandeln. Worüber denn? Über die Zahl der Frauen, die entführt werden? Über die Zahl der Menschen, die gekreuzigt werden, enthauptet werden? Mit ISIS kann man nur sich militärisch auseinandersetzen.* (Beispiel 10, Z. 58-61)

Dabei benennt er den IS als unmenschlichen Akteur, mit dem man nicht

kommunizieren kann und der unschuldige wehrlose, schwache Menschen brutal schändet.

Die Mitgliedschaften in der gleichen Freund-Kategorie werden über gemeinsame Werte und emotionale Nähe sowie über den gemeinsamen Feind hergestellt. Die Freund-Kategorie wird von den deutschen Politiker\_innen immer wieder betont und dabei wird stets eine Art Erklärung abgegeben, warum Frankreich und Deutschland in der gleichen Kategorie sind. Dies scheint nicht selbstverständlich zu sein, sondern die Diskursteilnehmenden sehen eine Notwendigkeit die gemeinsame Freund-Kategorie herzustellen. Gerade in diesem bemühten Herstellen und der Betonung der gemeinsamen Kategorie offenbart sich eine real existierende Grenze zwischen den Ländern und auch – trotz aller Solidaritätsbekundungen – eine Wahrung der Distanz zu dem Nachbarn.

## Täter-Opfer-Kategorien

Ein zweites Paar sind die Täter-Opfer-Kategorien. Diese überlappen sich teilweise inhaltlich und in Hinblick auf die Mitglieder mit den Freund-Feind-Kategorien, wobei in diesem Fall die Bösartigkeit des Täters IS und die Unschuld der französischen Opfer besondere Betonung finden. Zu Beginn der Debatte betont Angela Merkel:

*Ich bin in Gedanken bei den mehr als 120 Menschen, denen das Leben geraubt wurde, und ich bin in Gedanken bei den Familien und Angehörigen. [...] Ich denke auch an die Verletzten – mögen sie genesen, körperlich und seelisch.* (Beispiel 1, Z. 7-10)

In dieser Passage werden erneut die Betroffenheit und die emotionale Bestürzung über die vielen Verstorbenen sowie noch lebenden Opfer zum Ausdruck gebracht. Kurz darauf fügt Merkel hinzu:

*Die Menschen, um die wir trauern, wurden vor Cafés ermordet, im Restaurant, im Konzertsaal oder auf offener Straße. Sie wollten das Leben freier Menschen leben, in einer Stadt, die das Leben feiert und sie sind auf Mörder getroffen, die genau dieses Leben in Freiheit lassen.* (Beispiel 1, Z. 11-14)

Auch hier wird die emotionale Verbundenheit besonders durch die Trauer über die Opfer markiert. Die Unschuld der Opfer wird hier betont, indem die Tatsache hervorgehoben wird, dass sie im öffentlichen Lebensalltag angegriffen wurden ohne dem Täter einen Grund zum Handeln zu geben. Der Täter wird hier als unmenschlicher, brutaler Mörder charakterisiert, der die Menschen nur deswegen angriff und hasste, weil sie nach demokratischen Werten und Rechten lebten. Dadurch wird der Täter als Angreifer gegenüber allen westlichen

Demokratien eingeordnet. Weiterhin wird die Opferkategorie dadurch von den direkt Betroffenen, indirekt auf alle, die „das Leben freier Menschen leben“ (Beispiel 1). ausgeweitet, wie Angela Merkel dies formulierte. Hierdurch werden alle Bürger\_innen westlicher Demokratien, die vom Gegner gehasst werden als potenzielle Opfer dargestellt. Gleichzeitig führt die Aufzählung der Orte dazu, dass ein plastisches Bild entsteht. Solche Orte kennt wohl jedes Mitglied einer *Zivilisation* und hat schon jeder einmal besucht.

98

Eine Inklusion entsteht ebenfalls durch folgende Formulierung Merkels: „Dieser Angriff auf die Freiheit gilt nicht nur Paris – er meint uns alle und er trifft uns alle.“ (Beispiel 1) Wer genau „uns alle“ ist, wird aus ihrem Statement nicht ganz ersichtlich. Sie wechselt mehrmals die Perspektive, spricht teilweise aus der Ich-Perspektive und teilweise aus der Wir-Perspektive. Durch Verwendung der Ich-Perspektive erhält ihre Rede eine persönlichere und emotionalere Note, als es durch die bloße Verwendung des *Wir* der Fall gewesen wäre. Dennoch spricht Merkel in ihrer Funktion als Bundeskanzlerin auch für das gesamte deutsche Volk und aus ihrer Position als wohl mächtigste Frau in Europa auch für die gesamte Europäische Union, wie auch als Regierungschefin eines demokratischen, westlichen Staates für alle westlichen Demokratien zusammen. Ganz direkt wird hier benannt, dass der Täter

die Freiheit der Opfer angriff und somit der IS auch Deutschland angegriffen hat, weil der rechtliche und philosophische Freiheitsbegriff Frankreichs demjenigen Deutschlands entspricht.

Die Herstellung und Verwendung der Kategorienpaare Freund-Feind und Täter-Opfer baut eine Nähe zu Frankreich auf. Indem die deutschen Politiker\_innen Deutschland der gleichen Kategorie zuordnen wie Frankreich, solidarisieren sie sich mit ihrem Nachbarn und verbünden sich gegen den Täter und Feind.

Nach deutlicher Solidaritätsbekundung auf deutscher Seite, entwickelt sich der Diskurs schnell in die Richtung, nach gemeinsamen Reaktionen auf den Terror gegen Europa und den Westen zu suchen. Die Argumentation der Akteur\_innen, dass man ja eigentlich auch angegriffen wurde, macht deutlich, dass dies nicht selbstverständlich der Fall ist und man sich selbst als angegriffen definiert. Durch die Kategorien wird eine Basis geschaffen, um mögliche Konsequenzen zu legitimieren, und ein Zugzwang entsteht: Wer angegriffen wurde, muss sich verteidigen, sich wehren. Festzuhalten bleibt, dass der IS im Kategorienegebrauch als unsagbar böse eingeordnet wird. Sowohl die Täter- als auch die Feind-Kategorie, welchen der IS als einziges Mitglied zugeordnet wird, sind normativ stark aufgeladen. Dem gegenüber stehen Frankreich, Deutschland, Europa



und der Westen, die durch die Betonung gemeinsamer Werte und empfundene Nähe als Einheit konstruiert werden. Eine totale Solidarisierung mit Frankreich bleibt im Verlauf des Diskurses jedoch aus. Es folgt kein gemeinsamer Aufruf zu einem Krieg gegen den IS, was daran liegt, dass neben den Praktiken zur Solidarisierung ebenso Praktiken zur Distanzierung angewendet werden. Auch zeigt sich schon in dem Bemühen, Solidarität zu Frankreich zu demonstrieren, eine gewisse Distanz zum Nachbarland. Deutschland wurde nicht direkt vom IS angegriffen, es ist nicht automatisch Opfer, sondern diese Einordnung in die gleichen Kategorien wie Frankreich muss erst aktiv vorgenommen werden. Bereits durch dieses mühsame Herstellen und Einordnen der Kategorien, zeigt sich, dass Deutschland nicht genauso betroffen wie Frankreich ist, sondern diese vermeintliche Gleichheit erst postuliert und begründet werden muss.

### Praktiken im Umgang mit dem Kriegsbegriff

Im Diskurs zu den Terroranschlägen von Paris kommt dem Begriff *Krieg* eine besondere Bedeutung zu. Dabei werden von den deutschen Politiker\_innen verschiedene Praktiken im Zusammenhang mit dem Kriegsbegriff angewendet. Je nach angewendeter Praktik wird dadurch mehr oder weniger Solidarität aufgebaut, bzw.

” Im Diskurs zu den Terroranschlägen von Paris kommt dem Begriff *Krieg* eine besondere Bedeutung zu.

Distanz geschaffen. Im Folgenden werden die verschiedenen Praktiken anhand von Beispielen gezeigt.

### Stillschweigende Zustimmung zum Kriegsbegriff als Solidaritätspraxis

Wird der Kriegsbegriff von Journalist\_innen verwendet – ohne dabei explizit nach diesem zu fragen – so haben alle Politiker\_innen in den untersuchten Daten den Kriegsbegriff zwar nicht in ihrer Antwort verwendet, ihn aber auch nicht zurückgewiesen. Dadurch wird ein diplomatischer Mittelweg eingeschlagen, indem hier eine Solidarisierung mitschwingt, während der mit Emotionen verbundene Begriff weggelassen werden kann. Hier ein Beispiel:

**Jasper Barenberg:** *Wenn ich noch mal daran erinnern darf, dass die Begründung oder die Argumentation bisher anders war, ist es dann fair zu sagen, dass nach den Anschlägen von Paris Deutschland nicht in den Krieg zieht, sondern hineingezogen wird mit dem*

*Argument und mit der Notwendigkeit, solidarisch zu sein mit Frankreich?*

**Ursula von der Leyen:** *Das Argument der Solidarität steht auch im Vordergrund. Nur: Es ist ein sehr bewusster aktiver Schritt, den wir tun. Denn eines haben die Anschläge von Paris nochmal sehr deutlich gemacht, nämlich dass der Terror zu uns kommt, wenn wir nicht entschlossener und schneller gegen den IS vorgehen, und deshalb auch diese konsequente Unterstützung jetzt mit mehreren Elementen in Syrien selber.*

(Beispiel 22)

100

Barenberg konfrontiert Ursula von der Leyen damit, dass Deutschland in den Krieg hineingezogen wird, statt aktiv in den Krieg zu ziehen. Hierbei benutzt er den Kriegsbegriff. Von der Leyen weist diesen nicht zurück. Sie antwortet auf die gestellte Frage, wobei sie auf die in der Frage angesprochene Solidarität zu Frankreich eingeht. Diese bejaht sie, weist aber durch das Wort „auch“ darauf hin, dass dies nur einer der Gründe sei, warum Deutschland jetzt in den Krieg zieht. Durch die Verwendung der beiden Adjektive „bewusst“ und „aktiv“ widerspricht sie dem Vorwurf der Passivität Deutschlands, das sich in den Krieg hineinziehen lasse, anstatt selbst tätig zu werden. Die Verteidigungsministerin verwendet dabei den Begriff „Schritt“, wobei sie dabei nicht sagt, wohin dieser Schritt geht und wer „wir“ sind, die diesen Schritt machen. Von der Leyen muss

das „wir“ nicht weiter spezifizieren, da Barenberg bereits im vorangegangenen *turn* von Deutschland gesprochen hat und somit dürfte sowohl Barenberg (er fragt auch nicht nach) als auch der *overhearing audience* klar sein, wer mit „wir“ gemeint ist. Genauso wie das „wir“ durch den vorangegangenen *turn* festgelegt ist und daher in der Antwort nicht nochmal spezifiziert werden muss, verhält es sich auch mit dem „Schritt“. Da von der Leyen nicht näher spezifiziert, wohin der „Schritt“ geht, muss davon ausgegangen werden, dass mit ihm das Ziehen Deutschlands in den Krieg gemeint ist. Damit bestätigt von der Leyen, dass Deutschland in den Krieg zieht, was sie jedoch fünf Tage zuvor, direkt danach gefragt, vehement verneint hatte (Beispiel 15).

Ogleich die Politiker\_innen keinen Krieg wollen und versuchen dem zu entgehen, können sie den Kriegsbegriff auch nicht zurückweisen, da sie sich solidarisch gegenüber dem französischen Partner verhalten wollen. Zu böse ist der IS, zu groß die Bedrohung durch ihn und zu groß, wie Barenberg im Interview mit von der Leyen anmerkt, der Druck solidarisch mit Frankreich zu sein. Daraus ergibt sich als einzige *richtige* Entscheidung eine Beteiligung am Kampf gegen den IS.

## Vermeidung des Kriegsbegriffs

Es ist zu beobachten, dass der Kriegsbegriff generell relativ selten im Diskurs genutzt wird. Die meisten Politiker\_innen vermeiden das Wort *Krieg*. Statt vom *Krieg gegen den IS* oder *Krieg gegen den Terror* zu sprechen, sprechen sie vom „Kampf gegen den IS“ (Beispiel 15, 19, 20, 22). Auch werden Begriffe wie „militärischer Einsatz“, „Angriff“, „Verteidigung“, „militärischen Beitrag“ (Beispiel 19, 24) verwendet, die zur Wortfamilie Krieg gehören. Der direkte Kriegsbegriff ist selten zu vernehmen. Eine Ausnahme stellen Beiträge von Mitgliedern der Linken dar, wie später noch näher erläutert wird. Warum aber kommt es zu dieser Vermeidung des Kriegsbegriffs, wenn – das legen die verwendeten Vokabeln nahe – man eigentlich über den *Krieg* spricht?

Wie bereits erwähnt, haftet dem Kriegsbegriff etwas Totalitäres und Absolutes an, was bei Begriffen wie „Kampf“, „militärischer Einsatz“ oder „militärischer Beitrag“ weniger der Fall ist. In einem *Krieg* befindet sich eine gesamte Gesellschaft oder ein Land. Dies trifft auf Begriffe wie Kampf oder Einsatz nicht zu. Ein Kampf klingt weniger einnehmend und auch nach einer kürzeren Dauer. Auch befindet sich keine gesamte Gesellschaft in einem „militärischen Einsatz“, sondern dieser wird von der darauf spezialisierten Berufsgruppe ausgeführt: den Soldaten, während der Rest

der Gesellschaft seinen eigenen Professionen und Tagesgeschäften weiter nachgeht.

Durch die Nichtverwendung oder Vermeidung des Kriegsbegriffs wird eine Distanz zu Frankreich geschaffen. Deutschland schließt sich nicht der Kriegserklärung Frankreichs an, sondern vermeidet es, den Kriegsbegriff überhaupt zu nennen. Zugleich entspricht das aber auch nicht einer vollständigen Distanzierung vom Nachbarland, da zu einem, wie oben beschrieben, Begriffe verwendet werden, die zur Wortfamilie Krieg gehören und zum anderen der Kriegsbegriff nicht verwendet wird und er somit auch nicht zurückgewiesen wird (siehe stillschweigende Zustimmung).

## Indirektes Zitieren des Kriegsbegriffs

Gerade zu Beginn der Debatte wird – wenn der Kriegsbegriff verwendet wird – dieser zu einem indirekten Zitat umformuliert. Dabei wird sich auf den französischen Präsident François Hollande und Bundespräsident Joachim Gauck bezogen, die beide im Zusammenhang mit den Terroranschlägen den Kriegsbegriff genannt haben (François Hollande 2015, Beispiel 9). Dies führt zu folgender Frage, die hier beispielartig an einer Sequenz aus dem Interview von Christopher Heinemann mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der

Unionsfraktion Henning Otte analysiert werden soll:

**Heinemann:** *Herr Otte, ist der Begriff Krieg angemessen?*

**Otte:** *Präsident Hollande hat diesen Begriff genutzt...*

**Heinemann:** *Der Bundespräsident auch.*

**Otte:** *... ich kann das aus voller Kraft verstehen, diese emotionale Betroffenheit, die wir alle haben. Das sind Anschläge im Inneren Europas. Wichtig ist nur, welche Konsequenzen erwachsen daraus. (Beispiel 9)*

Krieg wird hier als eine Art Label verstanden, bei dem nicht sicher sei, ob es zur vorliegenden Lage passe oder nicht. Otte folgt in seiner Antwort nicht der vorgegebenen Präferenzstruktur, was eine Bejahung oder Verneinung des Labels Kriegs für die aktuelle Situation wäre. Er antwortet ausweichend und sagt lediglich, dass Präsident Hollande dieses Label genutzt hat. Durch die Bezugnahme in Form des indirekten Zitates wird offengelassen, ob das Zitat an sich zutreffend ist. Allerdings lässt dieses Zitieren vermuten, dass er nicht damit übereinstimmt. Gerade dass er sagt, wer diesen Begriff genutzt hat, zeigt, dass er nicht dem Zitat zugeordnet werden will – demnach den Kriegs begriff eher nicht für angemessen hält, zumindest nicht für Deutschland. Er schreibt das Zitat Hollande zu, dem Präsidenten

eines anderen Landes, das – so könnte die Assoziationskette weitergehen – anders als Deutschland direkt von den Terroranschlägen betroffen ist. Damit spricht er dem Kriegs begriff die generelle Gültigkeit ab. Heinemann wirft daraufhin ein, um Otte einzuengen und doch noch zu einer konkreteren Antwort zu bewegen, dass auch der Bundespräsident, diesen Begriff genutzt hat. Otte ist genötigt weiter darauf einzugehen. Den Kriegs begriff offen als nicht angemessen zurückzuweisen, bedeutete auch die Einschätzungen des Staatsoberhauptes Frankreichs, dem erklärten Freund Deutschlands und dem eigenen, von der Union mitgewählten, Staatsoberhaupt als falsch zu titulieren, was gewiss einer guten Erklärung bedürfe. Dazu scheint Otte nicht bereit zu sein. Er scheint aber auch nicht dazu bereit zu sein, der Angemessenheit des Kriegs begriffs offen zuzustimmen, ihn also selber zu verwenden. Denn auch dies würde wohl für Aufsehen sorgen und bedürfte einer guten Erklärung. Otte wählt einen Weg dazwischen. Er zeigt Verständnis für die Worte von Hollande und Gauck. Und zwar „aus voller Kraft“. Damit demonstriert er einerseits seine Verbundenheit mit Frankreich und die Einheit der deutschen Politik. Gleichzeitig relativiert er aber auch die Aussagen der beiden Präsidenten. Er wertet sie ein Stück weit ab. Otte spricht von der „emotionale[n] Betroffenheit“ und betont in seinem zweiten Satz noch einmal, warum diese Situation so schlimm

sei. Es handle sich hier um „Anschläge im Inneren Europas“ und so etwas Schlimmes verleite zu einer starken, emotionalen Reaktion, womöglich gar zu einer Überreaktion. Durch die Betonung des Emotionalen entsteht ein Gegensatz zum Rationalen, dem Sinnvollen und wirklich Angemessenen. Die Nennung des Kriegsbegriffs von Gauck und Hollande ist, so schwingt es bei Otte mit, eigentlich nicht angemessen. Aber – und hier kommt eine weitere Relativierung – es sei auch irrelevant, welcher Begriff angemessen ist oder nicht, denn wichtig sei nur, welche Konsequenzen daraus erwachsen. Welche spezifischen Konsequenzen dann wirklich entstehen, dass – so der O-Ton Ottes im Verlauf des weiteren Interviews – müsse „in aller Besonnenheit“ noch überlegt werden (Beispiel 9). Damit scheint nichts mehr sicher zu sein: Die Verwendung des Kriegsbegriffs muss demnach nicht zwingend zu Konsequenzen führen, gleichzeitig können diese Konsequenzen aber auch ohne die Verwendung des Kriegsbegriffs herbeigeführt werden. Wenn demzufolge sowohl ein Krieg als auch ein Nicht-Krieg die gleichen Konsequenzen haben, dann erscheint der Kriegsbegriff äußerst unscharf.

Hier lässt sich deutlich der Versuch einer Distanzierung feststellen sowie gleichzeitig die Notwendigkeit, sich solidarisch mit Frankreich zu zeigen und die Kriegserklärung des französischen Präsidenten nicht

als völlig absurd abzustempeln. Durch die Relativierung des Kriegsbegriffs versucht Otte die direkten Konsequenzen, die aus einer Kriegserklärung folgen, zu vermeiden.

## Verwendung des Kriegsbegriffs, um Kritik zu üben

Der Kriegsbegriff wird ganz offen und deutlich genutzt, um Kritik auszuüben. Diese Strategie wird hauptsächlich von Politiker\_innen der Linken verwendet. Absichtlich wird hier die totalitäre Vorstellung von Krieg erzeugt, um diesen dann in aller Totalität abzulehnen, wie etwa in dem Beispieler eines Statements von Sahra Wagenknecht, der Vorsitzenden der Linkspartei:

*Und wenn ich jetzt höre, dass Politiker jetzt rufen, europaweit, jetzt müsse sozusagen wieder mit Krieg geantwortet werden, dann kann man nur sagen: genau das ist die falsche Antwort.*  
(Beispiel 7)

Wagenknecht kritisiert den partei- und sogar länderübergreifenden Konsens, dass gegen den IS vorgegangen werden muss, als einen Aufruf zur Kriegsführung. Dies klingt stark nach Kriegstreiberei und dass diese allgemein in Deutschland verpönt ist, davon kann Wagenknecht wohl ausgehen. Somit suggeriert sie, dass alle Politiker\_innen, die Krieg nicht, wie sie kategorisch

und in jeglicher Form ablehnen, Krieg befürworten und diesen fordern. Die Verwendung des Kriegsbegriffs lässt hier und vielleicht auch allgemein nur zwei Möglichkeiten zu: Entweder man befürwortet den Krieg oder nicht. Man kann nicht nur ein bisschen für oder ein bisschen dagegen sein.

Damit distanziert sich die Linken-Politikerin in aller Deutlichkeit von Frankreich. Sie erklärt die Reaktion Frankreichs in Form der Kriegserklärung als völlig falsch. Eine Distanzierung in solch starkem Maße ist nur bei Beiträgen von der Linkspartei zu finden, die getreu des absoluten Pazifismus, den sie vertreten, jegliche Form von militärischer Gewalt und Krieg ablehnen.

## Variationen und Zerlegung des Kriegsbegriffs

Es gibt keine allgemein gültige, unumstrittene Definition des Kriegsbegriffs. Im Gegenteil die Definition von Krieg variiert je nach Fachgebiet und auch innerhalb der Fachgebiete stark. Auch im deutschen politischen Diskurs zu den Terroranschlägen werden verschiedene Varianten des Kriegsbegriffs verwendet. Interessant ist dabei, dass je nachdem, welche Variante des Kriegsbegriffs verwendet wird, Distanz oder Nähe zu Frankreich geschaffen wird.

## Klassische Form des Kriegsbegriffs

So wird die klassische Definition des Kriegsbegriffs im Diskurs von manchen Politiker\_innen verwendet, wie folgendes Beispiel von der Verteidigungsministerin zeigt:

*Atalay: Zieht Deutschland jetzt in den Krieg?*

*Von der Leyen: Nein. Denn hier prallen ja nicht zwei Staaten aufeinander. Aber das ist ein bewaffneter Konflikt. Und es ist ein sehr harter Kampf gegen diese Terrorbande, IS, menschenverachtend, brutal und sehr hoch gerüstet, was moderne Techniken angeht. (Beispiel 15)*

Die Verwendung der klassischen Definition des Kriegsbegriffs gibt Frau von der Leyen die Möglichkeit, die Frage, ob Deutschland jetzt in den Krieg ziehe, klar zu verneinen. Stattdessen bezeichnet sie es als „bewaffneten Konflikt“, was harmloser und weniger absolut klingt als Krieg. Trotz der zunächst getätigten Zurückweisung des Kriegsbegriffs bleibt die CDU-Politikerin dem Kriegsdiskurs verhaftet, indem sie den „IS“ als absolut bösen Feind charakterisiert. Auch die von ihr genutzten Vokabeln „bewaffneter Konflikt“, „harter Kampf“ und „hoch gerüstet“ gehören zum Wortfeld des Krieges.

Im Diskursverlauf lässt sich ein zunehmendes Hin- und Herpendeln zwischen Solidaritätsbekundungen und der Distanzierung gegenüber dem französischen *framing* eines Kriegs oder einer militärischen Intervention als einziger Handlungsoption feststellen. Von demselben Akteur\_innen wird dadurch oft in einem Satz Solidarität erzeugt, um sich im nächsten Satz wieder davon, wie auch von dem Kriegsbegriff, zu distanzieren.

## Neue Art des Kriegsbegriffs

Den Anfang und zugleich auch die Aussage mit der größten Reichweite macht Bundespräsident Gauck, als er in seiner Rede zum Volkstrauertag folgenden Satz sagt: „Wir leben in Zeiten, in denen wir Opfer einer neuen Art von Krieg beklagen.“ (Beispiel 5) In den Medien war daraufhin die Rede davon, dass der Bundespräsident, ebenso wie der französische Präsident, erklärt habe, dass wir uns im Krieg befänden. Doch anders als Hollande spricht Gauck von einer bestimmten Form, einer „neuen Art von Krieg“ in dessen Zeiten „wir“ leben und dessen Opfer wir beklagen. Das ist weit weniger eine Kriegserklärung als Hollande sie gemacht hat. Dass jemand Opfer eines Krieges beklagt, heißt nicht automatisch, dass der- oder diejenige sich auch selber im Krieg befindet. Man kann auch Opfer eines Krieges sein ohne daran beteiligt zu sein. Gauck hat keineswegs erklärt,

dass Deutschland sich im Krieg befände, sondern im Gegenteil – genau wie die anderen deutschen Politiker\_innen – diese Formulierung vermieden.

Das Sprechen von einer „neue[n] Art von Krieg“ hat auch einen anderen Effekt bezüglich der Konsequenzen als das Sprechen von Krieg. Über die genaue Definition und Art der „neuen Kriege“ herrscht keine vollständige Klarheit bzw. Einigkeit. Die „neuen Kriege“, geprägt von dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler, bezeichnen asymmetrische Kriegsformen, also Kriege zwischen einem Staat und einem Nicht-Staat. Demgegenüber steht die klassische Definition von Krieg – Krieg zwischen zwei oder mehreren Staaten. Es ist umstritten, ob asymmetrische Kriege wirklich neu sind sowie ob ein nicht-staatlicher Akteur überhaupt ein Kriegsteilnehmer sein kann. Womit auch die Konsequenzen und angemessenen Reaktionen nicht genau festgelegt sind und eventuell noch bestimmt werden müssen, denn es liegt nahe, dass eine „neue[r] Art von Krieg“ auch eine neue Art von Konsequenzen mit sich zieht und zwar eine andere als die der klassischen Art von Krieg (Münkler 2002). Die Verwendung der neuen Art des Kriegsbegriffs lässt einen Spielraum offen, wie darauf zu reagieren sei.

## Weitere Spezifizierungen des Kriegsbegriffs

Neben dem neuen und dem klassischen Kriegsbegriff, werden auch noch weitere Spezifizierungen des Kriegsbegriffs vorgenommen. Oberleutnant a.D. Ulrich Scholz spricht beispielsweise von einem „Bürgerkrieg in Syrien“ (Beispiel 14) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen von einem „Luftkrieg“ (Beispiel 22). Bei beiden Beispielen wird der Krieg durch die Spezifizierung des Kriegsbegriffs auf eine bestimmte Form reduziert und verortet. Ihm wird dadurch der absolute Charakter abgesprochen. Ein „Bürgerkrieg“ findet in einem speziellen Land statt und betrifft die Bürger\_innen vor Ort, nicht die ganze Welt. Und ein „Luftkrieg“ findet in der Luft statt. Daran sind in erster Linie Pilot\_innen beteiligt und die Personen, die sich unter diesem Luftraum befinden, betroffen. Deutschland, weit weg von Syrien, ist in beiden Fällen nicht davon betroffen. Obgleich ein Krieg herrscht, ist beim „Luftkrieg“ nur ein sehr kleiner Teil daran beteiligt, nämlich die Pilot\_innen und die Luftwaffe und bei einem „Bürgerkrieg“ sind eigentlich gar keine Deutschen daran beteiligt oder betroffen, was der deutschen Gesellschaft die Möglichkeit gäbe, so weiter zu machen wie bisher.

## Verwendung des Standard-Mantras

„Mit militärischen Mitteln ist dieser Konflikt nicht zu lösen“, dieser Satz, den der Politikwissenschaftler Joachim Krause als Standard-Mantra bezeichnet (Deutschlandfunk 2015a), taucht häufiger im Zusammenhang mit dem Syrien-Konflikt auf. Dabei wird er stets als allgemeingültiger und anerkannter Konsens dargestellt, wie folgende Beispiele zeigen:

**Rainer Arnold:** *In Syrien weiß doch aber jeder, dass es dort keine militärische Lösung geben kann.* (Beispiel 8)

**Frank-Walter Steinmeier:** *Wir wissen Frau Miosga, am Ende wird es keine militärische Lösung, äh für die äh für das Ende des Konflikts und für die neue Zukunft Syriens geben.* (Beispiel 20)

Da aber nach den Aussagen vom Bundestagsabgeordneten Arnold und damaligen Außenminister Steinmeier „jeder“ weiß oder „wir“ alle wissen, dass es keine militärische Lösung geben kann, muss auch nicht mehr explizit erklärt werden, warum das so ist – denn jeder wisse dies bereits. Da dieser Satz oft in politischen Diskursen gesagt wurde, so dass durchaus von einem Mantra gesprochen werden kann, klingt er so vertraut, dass er keiner weiteren Erklärung bedarf – insbesondere in einer Gesellschaft wie der deutschen, in



der Krieg ein Ausnahmezustand ist und besonderer Rechtfertigung bedarf. Man könnte auch sagen, dass der Satz „mit militärischen Mitteln ist dieser Konflikt nicht zu lösen“ fast zu einer notwendigen Phrase geworden ist, von der erwartet wird, dass sie im Diskurs fällt und somit eine Erwartung darstellt, die erfüllt wird, jedoch keiner weiteren Erklärung mehr bedarf.

Diesem Standard-Mantra wird aber auch im politischen Diskurs von verschiedenen Teilnehmer\_innen mit Verweis auf den IS, als absolut bösen Feind, widersprochen:

**Cem Özdemir:** *Es gibt bestimmte Ausnahmesituationen, wo man mit anderen Mitteln nicht vorankommt und wo der Krieg das letzte Mittel ist, um einen noch schlimmeren Krieg zu verhindern. Das ist im Irak und in Syrien der Fall. ISIS, mit denen kann man nicht verhandeln. Worüber denn? Über die Zahl der Frauen, die entführt werden? Über die Zahl der Menschen, die gekreuzigt werden, enthauptet werden? Mit ISIS kann man nur sich militärisch auseinandersetzen. (Beispiel 10)*

Selbst Cem Özdemir, der Bundesvorsitzende der Partei Bündnis/90 Die Grünen, welche aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist, sieht eine „Ausnahmesituation“ gegeben. In diesem Fall greift das Standard-Mantra nicht mehr, denn hier ist „der Krieg das letzte Mittel“. Diese

Formulierung erinnert an den gerechten Krieg, für den ein Kriterium ist, dass Krieg erst als *Ultima Ratio*, wenn alle anderen Mittel erfolglos ausgeschöpft wurden, eingesetzt wird. Tatsächlich wurden aber beim IS keine anderen Mittel angewandt, geschweige denn ausgeschöpft. Aber mit dem IS, da herrscht große Einigkeit unter den Diskursteilnehmer\_innen, könne man nicht verhandeln. Das verdeutlicht Özdemir nochmal, indem er rhetorisch fragt, ob über die Anzahl der entführten Frauen oder gekreuzigten und enthaupteten Menschen verhandelt werden sollte. Damit lässt er den Gedanken mit dem IS zu verhandeln als völlig absurd und unmöglich erscheinen. Der IS wird als so böse charakterisiert, dass man gegen ihn nur „Krieg“ führen kann. Krieg erscheint diesbezüglich eigentlich nicht als *Ultima Ratio*, sondern als *Sola Ratio*.

## Bezug auf andere Kriege

Neben der Anspielung auf den Zweiten Weltkrieg, werden auch andere Kriege oder Einsätze genannt. Dabei ist auffällig, dass meist nur der Name des Landes, in dem der Krieg stattgefunden hat, genannt wird ohne weiter zu präzisieren, wann das war, wer die Kriegsparteien waren sind oder worum es ging. Keine\_r der Journalist\_innen fragt dabei danach, was genau mit dem Ländernamen gemeint ist. Stattdessen zeigt sich, dass, auch im

Hinblick auf die *overhearing audience*, allgemeine Klarheit darüber besteht, was damit gemeint ist, wenn Ländernamen wie Irak oder Afghanistan fallen. Das Land wird mit Krieg gleichgesetzt und darauf reduziert - ein Zeichen für das Totalitäre des Krieges. Die Bewertung dieser Kriege und warum diese angesprochen werden sind jedoch verschieden.

Die Erwähnung anderer Kriege wird verwendet, um zu zeigen, dass eine gewisse Kohärenz im Handeln und Entscheiden vorhanden ist. In diesem Falle ist davon auszugehen, dass die vergangenen Einsätze nicht als komplette Fehler bewertet werden, sondern dass Kriege sowohl damals als auch heute notwendig waren und sind, wie an dem Beispiel von Cem Özdemir zu sehen ist:

**Christine Heuer:** (...) wären Sie dafür, dass wir uns beteiligen?

**Özdemir:** Meine Partei und ich waren ja auch für den Einsatz in Afghanistan. Insofern ist es völlig klar: Es gibt bestimmte Ausnahmesituationen (...). (Beispiel 10)

So wie in Afghanistan ein Einsatz angebracht war und die Grünen und Özdemir selbst dafür gestimmt haben, so befürwortet er auch heute, in Syrien aktiv zu werden. Beides stellt Özdemir als „bestimmte Ausnahmesituationen“ dar, in denen ein Krieg notwendig sei. Dass er

den Afghanistan-Einsatz anspricht, um die Frage zu beantworten, ob er für einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien wäre, zeigt, dass er den Afghanistan-Einsatz als richtig und notwendig bewertet und wohl auch davon ausgeht, dass die Zuhörer diese Ansicht teilen.

Anders verhält es sich mit dem Irak-Krieg. Dieser wird im Zusammenhang mit Fehlern genannt:

**Von der Leyen:** *Und da müssen wir aus den Fehlern des Iraks lernen (...).* (Beispiel 22)

Der Irak-Krieg wird nicht als Erfolg angesehen. Er wird erwähnt, um zu zeigen, dass man sich dieser Fehler bewusst ist und sie deswegen nicht erneut machen wird. Zweifelsohne versucht von der Leyen auch die Kritik der Opposition zu entkräften, indem sie von sich aus Fehler anspricht, die in der Vergangenheit begangen wurden. Vielleicht kann sie das auch so unumwunden zugeben, weil Deutschland selbst nicht am Irak-Krieg beteiligt war.

Die Linke kann damit aber wohl kaum überzeugt werden. Politiker\_innen dieser Partei beziehen sich auch auf andere Kriege und nennen dabei nur den Ländernamen. Hier wird dies aber genutzt, um zu argumentieren, dass es damals ein Fehler war, sich am Krieg zu beteiligen und heute immer noch genauso ein

Fehler ist, sich erneut an einem Krieg zu beteiligen:

**Interviewerin:** *Die Bundesregierung bestätigt, Deutschland wird den Kampf gegen den IS militärisch unterstützen. Die Kanzlerin spricht von einer notwendigen Entscheidung. Sie sehen das anders. Warum?*

**Sahra Wagenknecht:** *Ja, weil man einfach aus seinen Fehlern offensichtlich überhaupt nichts lernen will. Wir haben in Afghanistan 14 Jahre einen so genannten Krieg gegen den Terror geführt. Es ist ein völliger Fehlschlag. Es gibt heute viel mehr international gefährliche Terroristen als vorher. Wir hatten die Kriege im Irak, in Libyen. Überall ist am Ende der Terrorismus und die terroristischen Organisationen gestärkt worden (...). (Beispiel 18)*

Die Oppositionsführerin spricht von „man“. Damit meint sie wohl die gesamte Bundesregierung, die dafür verantwortlich ist, dass Deutschland jetzt den Kampf gegen den IS militärisch unterstützen wird. Dieses „man“ zeichnet sich dadurch aus, dass man „aus seinen Fehlern offensichtlich überhaupt nichts lernen will“. Damit werden die Befürworter\_innen und Entscheider\_innen auf zweierlei Arten diskreditiert. Zum einen haben sie in der Vergangenheit Fehler begangen, was Wagenknecht deutlich macht, in dem sie von „seinen Fehlern“ spricht. Durch den

Gebrauch des Demonstrativpronomens weist sie die Schuld an den Fehlern der Bundesregierung zu. Zum anderen sei „man“ jetzt nicht mal dazu bereit, daraus zu lernen. Damit unterstellt sie den Verantwortlichen eine Absicht. Weiterhin drückt sie damit aus, dass „man“ durchaus in der Lage sei, aus seinen Fehlern zu lernen, gerade weil es so „offensichtlich“ und „einfach“ sei, aber es fehle schlichtweg der Wille dazu. Das lässt fast vermuten, dass – nach Aussage Wagenknechts – absichtlich Maßnahmen ergriffen werden, die den Terrorismus stärken. Laut Wagenknecht ist es eine ganz klare Sache, dass Kriege zur Stärkung von Terrorismus führen, wie die Kriege in den anderen Ländern gezeigt haben. Damit werden der Einsatz und die Situation in Syrien mit der Lage in den anderen Ländern wie dem Irak und Afghanistan gleichgesetzt und zwar in allen drei Beispielen. Özdemir spricht davon, dass jetzt eine Ausnahmesituation gegeben sei, so wie damals als er und seine Partei sich für den Afghanistan-Einsatz ausgesprochen haben. Von der Leyen spricht von den Fehlern im Irak, von denen man gelernt habe. Wagenknecht betont, dass die gleichen Fehler erneut gemacht werden würden und wieder – wie auch bei den anderen Kriegen – der Terrorismus nicht geschwächt, sondern gestärkt werden würde. Damit wird von allen drei Politiker\_innen parteiübergreifend impliziert, dass der jetzige Einsatz mit anderen Einsätzen vergleichbar sei, was im

Widerspruch zu der Kategorisierung des IS als absolut bösartigsten Feind aller Zeiten steht. Interessanterweise wird diese Gleichsetzung aus unterschiedlichen Strategien heraus formuliert. Während Özdemir und von der Leyen den Vergleich zu anderen Kriegen nutzen, um einen Kriegseinsatz in Syrien zu legitimieren, also solidarisch mit Frankreich zu handeln, nutzt Wagenknecht den Vergleich mit anderen Kriegen, um sich gegen einen Kriegseinsatz in Syrien auszusprechen und distanziert sich somit vom französischen Partner. Die gleiche Praktik wird demnach zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt.

Im deutschen, politischen Diskurs zu den Terroranschlägen werden Praktiken im Zusammenhang mit dem Kriegsbegriff verwendet, die der Solidarisierung (stillschweigende Zustimmung zum Kriegsbegriff) oder Distanzierung (Verwendung des Kriegsbegriffs, um Kritik zu üben) dienen. Daneben gibt es auch Praktiken, die von einzelnen Akteur\_innen verwendet werden, um sich für ein solidarisches Handeln in Form einer militärischen Intervention auszusprechen, während andere Akteur\_innen diese Muster einbringen, um sich vom Partner und somit militärischen Konsequenzen zu distanzieren (Verwendung des Standard-Mantras; Bezug auf andere Kriege). Des Weiteren können auch Praktiken beobachtet werden, deren Ziel es ist, die Balance zwischen Solidarität und Distanzierung zu halten und somit einen

Mittelweg einzuschlagen, der Handlungsoptionen offenlässt, um den französischen Partner und auch die deutsche Bevölkerung zufrieden zu stellen (Variationen und Zerlegung des Kriegsbegriffs).

## **Hin- und Herpendeln zwischen Solidarität und Distanzierung**

Zu Beginn der Debatte wird von deutscher Seite aus eine politische Nähe und Verbundenheit versichert. Dies geschieht durch die direkte Bekundung von emotionalem Mitgefühl und Trauer sowie der Betonung auf gemeinsame europäische und westliche Werte gegenüber dem gemeinsamen islamistischen Täter. Dabei wird sich auf eine Einheit deutsch-französischer Freundschaft sowie einer sich überlappenden Opferposition gegenüber dem islamistischen Terror bezogen, indem polarisierende Freund-Feind- und Täter-Opfer-Kategorien verwendet werden. Diese Kategorien überlappen sich ebenfalls mit Nuancen von Emotionalität sowie der moralisierenden Zuschreibung von Gut und Böse, um deren Gegensätzlichkeit zu betonen. Insgesamt dienen die Kategorien zum Aufbau einer Solidaritätsbekundung zum französischen Verbündeten, auch wenn die implizierten Folgen dessen noch nicht definiert werden.

Im Verlauf des Diskurses wird die Tendenz zu einer militärischen Reaktion auf die

”

## Im Verlauf des Diskurses wird die Tendenz zu einer militärischen Reaktion auf die Terroranschläge immer stärker.

Terroranschläge immer stärker. Dabei lässt sich feststellen, dass unterschiedliche Praktiken verwendet werden, um Solidarität zum Nachbarland aufzubauen und für eine aktive Rolle einzutreten oder Distanzierung zum Partner geschaffen wird, um eine militärische oder klar definierte Handlung zu verhindern. Gekoppelt an diese Feststellung ist auch zu beobachten, dass die Verwendung des Kriegsbegriffs umstritten ist und sich ein spezifisch deutsches Dilemma im Diskurs widerspiegelt. Aufgrund der eigenen Kriegsvorgänge wird der Begriff sowie eine aktive militärische Positionierung vermieden. Dennoch sieht man sich als europäischer Partner zur Handlung verpflichtet. Aus diesem Zwiespalt ergibt sich ein Hin- und-Her-Schwanken zwischen Solidaritäts- und Distanzierungsbekundungen von Politiker\_innen sowie der Aufbau von Mustern, um einen offenen Mittelweg zwischen den Praktiken einzuschlagen. Auch lassen sich Praktiken herausarbeiten, die von verschiedenen Akteur\_innen als Solidaritätsbekundung oder zur Distanzierung verwendet werden. Die Debatte wird demzufolge von zwei konträren strategischen Positionen aus geprägt, wobei sich nicht alle Praktiken oder Politiker\_innen auf einer der beiden Seiten (Solidarität versus

Distanzierung) einordnen lassen. Manche Positionierungen werden dazwischen, in der Mitte oder auf beiden Polen eingenommen, weshalb Ungewissheit über die konkreten Folgen und deren Ausmaß bis zuletzt weiter besteht. Bei der Betrachtung der Begriffskarriere des Kriegsbegriffs fällt auf, dass dieser unter anderem eine direkte Verwendung findet, wenn sich auf den französischen Partner bezogen wird (zur Legitimierung eines Einsatzes) sowie wenn die Konsequenz einer militärischen Handlung kritisiert wird (zur Delegitimierung eines Einsatzes). Die Bezeichnung des Kriegszustandes ist demnach umstritten und eine Distanzierung von direkten Konsequenzen bevorzugt.

In der weiteren Analyse haben sich bestimmte Praktiken im Umgang mit dem Kriegsbegriff gezeigt. Politiker\_innen versuchen häufig den Kriegsbegriff zu vermeiden, sie können sich diesem jedoch auch nicht komplett entziehen. Es gelingt ihnen nicht der Frage, ob man sich in einem Krieg befindet, auszuweichen bzw. diese zurückweisen. Der Kriegsbegriff und die Kriegslogik tauchen dabei immer wieder auf und werden in Verbindung mit dem Gegensatzpaar Gut versus Böse verwendet. Dabei besteht unter anderem

der Versuch, sich nicht festzulegen. Eine andere Praktik besteht darin, den Kriegsbegriff zu relativieren, zu zerteilen oder zu verorten, sodass aus der Verwendung nicht zwingend Konsequenzen für Deutschland hervorgehen. Dadurch entstehen rhetorische Anstrengungen, die nicht ganz dem Kriegssog nachgeben sowie gleichzeitig Solidarität bekunden und Verpflichtungen gegenüber Frankreich und anderen Verbündeten erfüllen. Die verwendeten Praktiken und Nuancen im Rahmen des Diskurses sind im folgenden Schaubild noch einmal zusammengefasst worden:

112

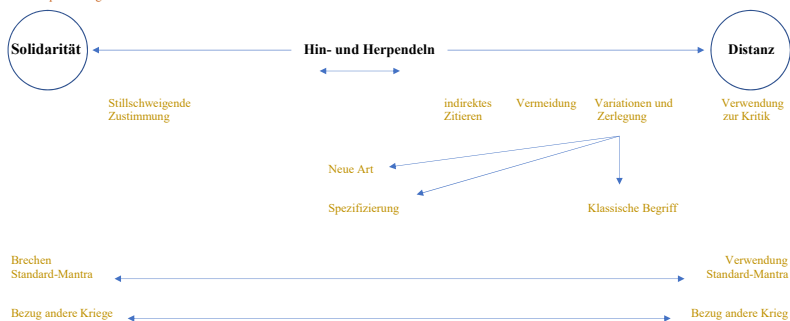
## Der umstrittene Kriegsbegriff

Generell ist ein allgemeines Unbehagen im Umgang mit dem Kriegsbegriff festzustellen. Demgegenüber steht ein überwiegend klarer Umgang mit Kategorien und deren Mitgliedschaften. Dadurch entsteht das Paradox, dass Politiker\_innen aufgrund der Totalität des Kriegsbegriffs vor dessen Verwendung zurückschrecken, ihn jedoch aufgrund der Totalität des Feindes IS auch nicht richtig zurückweisen können. Die Frage, ob Deutschland sich jetzt auch im Krieg befindet, kann entgegen der Präferenzstruktur, nicht eindeutig bejaht oder verneint werden. Auf der einen Seite

### Kategorien

Freund-Feind-Kategorie

Täter-Opfer-Kategorie



### Praktiken zum Kriegsbegriff

Quelle: Eigene Darstellung. Kategorien und Praktiken im deutschen politischen Diskurs zu den Terroranschlägen vom 13. November in Paris

muss Deutschland auf die moralische Verpflichtung gegenüber Frankreich und den öffentlichen Druck nach den Anschlägen reagieren. Auf der anderen Seite besteht eine Bemühung, den Kriegsbegriff nicht zu benutzen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich Vorsicht und Entschlossenheit gegenüberstehen. Durch das Vor- und Zurückrudern mit Worten zeigen sich deutsche Politiker\_innen vordergründig solidarisch mit Frankreich ohne jedoch wirklich den Kriegsfall mit all seinen Konsequenzen auszurufen. Weiterhin lässt sich im Debatteverlauf feststellen, dass die eigene Zurückhaltung in der Vergangenheit und demnach das historische Narrativ, nie wieder in den Krieg zu ziehen, gebrochen werden soll. Interessant ist auch die Beobachtung, dass durch die starke Tendenz einer außenpolitischen Reaktion, die Ursache des Problems in die Ferne geschoben wird und dadurch die Bevölkerung beruhigt werden kann. Das Problem des Terrors wird nach außen verlagert, auch wenn andere mögliche Konfliktursachen im Inneren liegen, wie die eigene mangelhafte Integrationspolitik, eine ausbleibende Reform des Polizeiapparates, Diskriminierung von Muslimen auf dem Arbeitsmarkt sowie die potenzielle Radikalisierung durch Desintegration im Inland.

Alles in allem, kann die Debatte durch die ethnomethodologische Analyse bes-

ser verstanden werden. Dabei zeigt sich anhand der verschiedenen von den Politiker\_innen verwendeten Praktiken, welches kulturelle Verständnis in der deutschen Gesellschaft mehrheitlich verankert, umstritten oder im Wandel ist. Die Verwendung des Kriegsbegriffs scheint dabei in ihrer traditionellen theoretischen Form verankert, in der politischen Praxis der Entscheidungsfindung umstritten und durch neue Formen des Terrorismus in seiner rechtlichen Definition potenziell im Wandel. Das Begriffsdilemma entsteht demnach aus widersprüchlichen Definitionen des Krieges in Theorie und Praxis sowie aus sich widersprechenden Anforderungen, denen gleichermaßen gerecht zu werden versucht wird. Aus diesem Grund versucht Deutschland einen Balanceakt einzugehen zwischen Nähe und Distanz mit dem Nachbarland Frankreich. Durch starke Betonung auf gemeinsame Werte wird so zum einen Solidarität aufgebaut, durch die mehrheitliche Vermeidung des Kriegsbegriffs wird jedoch eine Distanz geschaffen.

## LITERATUR

**Bötzel, Frank** (2016): Syrien: Kampf gegen den IS. Bundeswehr. Online verfügbar unter: [http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04\\_SB8K8xLLM9MSSzPy-8xBz9CP315EyrpHK9pPKUVL3UzLzixNSSqlS94sqiz-NQ8\\_YJsr0UAPldpNQ!!](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy-8xBz9CP315EyrpHK9pPKUVL3UzLzixNSSqlS94sqiz-NQ8_YJsr0UAPldpNQ!!) (14.03.2016).

**Bundeswehr** (2016): Syrien-Einsatz: Tornados führen ersten Einsatzflug durch. Online verfügbar unter: [http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYtNC8I-wEET\\_UbZBreitpSBewWi8lG2zjGA-SrKxIP54k4Mz8C5v-Bp5Q6vFtFmQTPFp4gJrNedrEtGkS-OJMlIISmNOoyY-1kfEL-wL0-y2lOnriSybMpXCJyiGINKW01OcZihNGg-Gjn08tj8I7\\_dQV3a\\_a49Ddf-Bqtz3Q\\_MLYl5/](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYtNC8I-wEET_UbZBreitpSBewWi8lG2zjGA-SrKxIP54k4Mz8C5v-Bp5Q6vFtFmQTPFp4gJrNedrEtGkS-OJMlIISmNOoyY-1kfEL-wL0-y2lOnriSybMpXCJyiGINKW01OcZihNGg-Gjn08tj8I7_dQV3a_a49Ddf-Bqtz3Q_MLYl5/), zuletzt geprüft am (14.03.2016).

**Chojnacki, Sven** (2004): Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht. In: Leviathan, 32/3, S. 402-424.  
**Daase, Christopher** (2002): Terrorismus und Krieg. Zukunftsszenarien politischer Gewalt im 21. Jahrhundert. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Krieg. Instrument der Politik? Bewaffnete Konflikte im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. Baden-Baden: Nomos.

**Deutschlandfunk** (2015): „Es wird mehr solcher großen Angriffe geben“. Joachim Krause im Gespräch mit Christiane Kaess. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/politikwissenschaftler-ueber-den-is-es-wird-mehr-solcher.694.de.html?dram:article\\_id=337074](http://www.deutschlandfunk.de/politikwissenschaftler-ueber-den-is-es-wird-mehr-solcher.694.de.html?dram:article_id=337074), (25.11.2016).

**Eberle, Thomas S.** (2007): Ethnomethodologie und Konversationsanalyse. In: Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz: UVK, S. 139-160.

**Garfinkel, Harold** (1994): Studies in ethnomethodology. Cambridge: Polity Press.

**Geis, Anna** (Hrsg.) (2006): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse. Baden-Baden: Nomos.

**Hensell, Stephan** (2003): Terrorismus und Kriegsgeschehen. Thesen zum Formwandel der Gewalt in der Weltgemeinschaft. In: Schreiber, Wolfgang (Hrsg.): Das Kriegsgeschehen 2002. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Opladen: Leske & Buderich, S. 11-23.

**Hollande, François** (2015): Discours du président de la République devant le Parlement réuni en Congrès. Hrsg. v. Élysée.fr. Online verfügbar unter: <http://www.elysee.fr/declarations/article/discours-du-president-de-la-republique-devant-le-parlement-reuni-en-congres-3> (23.03.2016).

**Münkler, Herfried** (2002): Die neuen Kriege. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

**phoenix** (Hrsg.) (2015): Reaktionen auf die Anschläge in Paris. Weltweit herrscht Bestürzung über die Anschlagserie in Paris. Online verfügbar unter: <http://www.phoenix.de/content//1014021> (23.11.2016, Link derzeit unavailable 08.03.19).

**Sacks, Harvey** (1989): Lecture Six: The M.I.R. Membership Categorization Device. In: Human Studies, Jg. 12/3/4, S. 271-281

**Tagesschau** (2015): ARD-Jahresrückblick 2015. Flucht, Streik, Krieg- und Hoffnung. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/jahresrueckblick-ard-101.html> (10.03.2016).

**Vinnai, Gerhard** (2011): Psychologische Kriegstheorien. Psychoanalytische Konstruktionen zum Thema Krieg. In: Jäger, Thomas/Beckmann, Rasmus (Hrsg.): Handbuch Kriegstheorien. Wiesbaden: Springer VS, S. 36-44.

**Wefing, Heinrich** (2009): „Krieg“. Der Verteidigungsminister hat das K-Wort ausgesprochen, Soldaten und Pazifisten begeistert - ohne die Folgen zu bedenken. In: „Die Zeit“, 12.11.2009, Nr. 47. Online verfügbar unter Zeit-Online: URL <http://www.zeit.de/2009/47/Kriegsbe-griff> (23.03.2016).

## ANALYSEMATERIAL

**Beispiel 1:** Angela Merkel (Bundeskanzlerin), Statement am 14.11.2015. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/paris-merkel-101.html>; [http://www.deutschlandfunk.de/merkel-zu-terroranschlaegen-in-paris-unser-freies-leben-ist.1818.de.html?dram:article\\_id=336844](http://www.deutschlandfunk.de/merkel-zu-terroranschlaegen-in-paris-unser-freies-leben-ist.1818.de.html?dram:article_id=336844) (09.03.2016).

**Beispiel 2:** Joachim Gauck (Bundespräsident), Statement am 14.11.2015. Online verfügbar unter: Link: <https://www.tagesschau.de/inland/paris-merkel-101.html>; <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joa>



[chim-Gauck/Reden/2015/11/151114-Statement-Wort-laut-Frankreich.html](#) (09.03.2016).

**Beispiel 3:** Thomas de Maizière (Bundesinnenminister), Statement am 14.11.2015. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=DB3AzEp7U9c> (09.03.2016).

**Beispiel 4:** Karl-Georg Wellmann (CDU, MdB), Interview geführt von Christoph Heinemann am 14.11.2015. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=D-B3AzEp7U9c> (09.03.2016).

**Beispiel 5:** Joachim Gauck (Bundespräsident), Statement am 15.11.2015. Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article148867822/Gauck-spricht-nach-Pariser-Anschlaegen-von-Krieg.html>; in voller Länge: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/11/151115-Volkstrauertag.html> (30.07.2016=).

**Beispiel 6:** Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin), Statement am 15.11.2015. Quelle: Phoenix. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=O-ZqZFH9FI1> (23.05.2015).

**Beispiel 7:** Dietmar Bartsch (Fraktionsvorsitzender der Links-Partei) und Sahra Wagenknecht (Fraktionsvorsitzende der Links-Partei), Statements am 16.11.2015. Quelle: Phoenix. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=pk7Key1REfk> (23.05.2015).

**Beispiel 8:** Rainer Arnold (verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion), Interview geführt von Sandra Schulz am 16.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/nach-den-terroranschlaegen-wir-sind-nicht-die-kleinen.694.de.html?dram:article\\_id=336962](http://www.deutschlandfunk.de/nach-den-terroranschlaegen-wir-sind-nicht-die-kleinen.694.de.html?dram:article_id=336962) (14.03.2016).

**Beispiel 9:** Henning Otte (verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion), Interview geführt von Christoph Heinemann am 16.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/anschlaege-in-paris-is-terror-kann-nicht-durch.694.de.html?dram:article\\_id=337000](http://www.deutschlandfunk.de/anschlaege-in-paris-is-terror-kann-nicht-durch.694.de.html?dram:article_id=337000) (15.04.2016).

**Beispiel 10:** Cem Özdemir (Bundesvorsitzender der Grünen), Interview geführt von Christine Heuer am 17.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-is-es-gibt-ausnahmesituationen-wo-krieg-das.694.de.html?dram:article\\_id=337109](http://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-is-es-gibt-ausnahmesituationen-wo-krieg-das.694.de.html?dram:article_id=337109) (30.07.2016).

**Beispiel 11:** Klaus Naumann (ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, General a.D.), Interview geführt von Dirk Müller am 17.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-den-terror-den-is-muss-man-militaerisch-besiegen.694.de.html?dram:article\\_id=337052](http://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-den-terror-den-is-muss-man-militaerisch-besiegen.694.de.html?dram:article_id=337052) (15.04.2016).

**Beispiel 12:** Rolf Mützenich (SPD, MdB), Interview geführt von Mario Dobovisek am 18.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/paris-fordert-eu-hilfe-muetzenich-es-gibt-keine.694.de.html?dram:article\\_id=337154](http://www.deutschlandfunk.de/paris-fordert-eu-hilfe-muetzenich-es-gibt-keine.694.de.html?dram:article_id=337154) (30.07.2016).

**Beispiel 13:** Roderich Kiesewetter (CDU-Außenpolitiker), Interview geführt von Peter Kapern am 26.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/anti-is-einsatz-der-bundeswehr-ein-alleiniger-eingriff-in.694.de.html?dram:article\\_id=338039](http://www.deutschlandfunk.de/anti-is-einsatz-der-bundeswehr-ein-alleiniger-eingriff-in.694.de.html?dram:article_id=338039) (30.07.2016).

**Beispiel 14:** Ulrich Scholz (Oberstleutnant a.D.), Interview am 26.11.2015. Online verfügbar unter: [https://www.tagesschau.de/inland/tornados-103~\\_origin-b6e4251c-33ea-4fc9-a24a-c554160fc0ef.html](https://www.tagesschau.de/inland/tornados-103~_origin-b6e4251c-33ea-4fc9-a24a-c554160fc0ef.html) (30.07.2016).

**Beispiel 15:** Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin), Interview geführt von Pinar Atalay am 26.11.15. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/vonderleyen-tornados-101.html> (30.07.2016).

**Beispiel 16:** Karl-Georg Wellmann (CDU, MdB), Interview geführt von Dirk-Oliver Heckmann am 26.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/karl-georg-wellmann-zu-is-bekaempfung-diese-moerder-lassen.694.de.html?dram:article\\_id=337964](http://www.deutschlandfunk.de/karl-georg-wellmann-zu-is-bekaempfung-diese-moerder-lassen.694.de.html?dram:article_id=337964) (30.07.2016).

**Beispiel 17:** Wolfgang Hellmich (SPD, MdB), Interview geführt von Sandra Schulz am 27.11.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-terrormiliz-is-spd-politiker-hellmich-mehr-als.694.de.html?dram:article\\_id=338081](http://www.deutschlandfunk.de/kampf-gegen-terrormiliz-is-spd-politiker-hellmich-mehr-als.694.de.html?dram:article_id=338081) (30.07.2016).

**Beispiel 18:** Sahra Wagenknecht (Fraktionsvorsitzende der Links-Partei) Interview am 27.11.2015. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/wagenknecht-syrien-101.html>, (30.07.2016).

**Beispiel 19:** Angela Merkel (Bundeskanzlerin), Statement am 01.12.2015. Quelle: Phoenix. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=x40xblEIIHA> (30.05.2016).

**Beispiel 20:** Frank-Walter Steinmeier (Außenminister), Interview geführt von Caren Miosga am 01.12.2015. Online verfügbar unter: [www.tagesschau.de/multimedia/video/video-137385.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-137385.html) (09.03.2016).

**Beispiel 21:** Jürgen Trittin (Die Grünen, MdB), Interview geführt von Gerrit Derkowski am 01.12.2015. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/bundeswehreinsetzung-syrien-107.html> (29.05.2016).

**Beispiel 22:** Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin), Interview geführt von Jasper Barenberg am 01.12.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/ursula-von-der-leyen-der-bundeswehr-einsatz-gegen-den-is.694.de.html?dram:article\\_id=338424](http://www.deutschlandfunk.de/ursula-von-der-leyen-der-bundeswehr-einsatz-gegen-den-is.694.de.html?dram:article_id=338424) (30.07.2016).

**Beispiel 23:** Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin), Statement mit Rückfragen am 02.12.2016. Online verfügbar unter: <http://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Dies-ist-ein-gefaehrlicher-und-harter-Einsatz-article16480816.html> (09.03.2016).

**Beispiel 24:** Norbert Röttgen (CDU, Vorsitzender Auswärtiger Ausschuss), Interview geführt von Christiane Meier am 02.12.2015. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-137423.html> (09.03.2016).

**Beispiel 25:** Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin), Interview geführt von Christiane Meier am 02.12.2015. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/leyen-is-syrien-101.html> (30.05.16).

**Beispiel 26:** Sahra Wagenknecht (Fraktionsvorsitzenden der Links-Partei), Interview am 02.12.2015. Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article149535916/Wagenknecht-sieht-Potenzial-zum-drit-ten-Weltkrieg.html> (09.03.2016).

**Beispiel 27:** Karl-Heinz Lather (General a.D.), Interview geführt von Bettina Klein am 03.12.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-general-a-d-zum-syrien-einsatz-es-wird-eher.694.de.html?dram:article\\_id=338619](http://www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-general-a-d-zum-syrien-einsatz-es-wird-eher.694.de.html?dram:article_id=338619) (30.07.2016).

**Beispiel 28:** Tobias Lindner (Verteidigungsexperte der Grünen), Interview geführt von Bettina Klein am 03.12.2015. Online verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/syrien-einsatz-wir-muessen-is-finanzstroeme-austrocknen.694.de.html?dram:article\\_id=338627](http://www.deutschlandfunk.de/syrien-einsatz-wir-muessen-is-finanzstroeme-austrocknen.694.de.html?dram:article_id=338627) (30.07.2016).

## ZU DEN AUTORINNEN

**Lea Deborah Scheu** (M.A.), studierte Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz sowie mit regionalem Schwerpunkt auf Subsahara Afrika an der Sciences Po Bordeaux. Während ihres Masters in Internationalen Studien/Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main setzte sie einen inhaltlichen Schwerpunkt auf postkoloniale Studien sowie Migrationsdiskurse. Des Weiteren vertiefte sie sich während eines Auslandsaufenthaltes an der Chulalongkorn University in Bangkok im Bereich International Development Studies.

**Caroline Vestweber** (B.A.), hat den Bachelor Europäische Studien an der Universität Osnabrück mit Auslandsjahr an der Sciences Po Bordeaux gemacht. Für den Master ist sie nach Frankfurt an die Goethe Universität gewechselt, um dort Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung zu studieren. Ihr besonderes Interesse gilt dem staatlichen Umgang mit Terrorismus.

Der Beitrag wurde von **Laura Porak**, **Andreas Schulz** und **Ágnes Molnár** interviewt und von **Sam Schneider** lektoriert.